

Umkämpfte Vergangenheit

Die AG Geschichtspolitik des Berliner Vereins Grenzenlos hat im Anschluss an eine Bildungsreise die Ausstellung zur Geschichte der Erinnerung an den Spanischen Bürgerkrieg und Franquismus in verschiedenen Teilen Spaniens und Frankreichs entwickelt. Auf 17 Tafeln geht sie auf Erinnerungsorte und -projekte ein. Sie hat den Fokus auf die Darstellung unterschiedlicher erinnerungspolitischer Zugänge gelegt, die je nach politischem Gewicht und regionaler Geschichte variieren. Die Ausstellung stellt Initiativen von erinnerungspolitischen Projekten vor, die sich jenseits der offiziellen Rhetorik bewegen, für historische Gerechtigkeit eintreten und Kontinuitäten benennen.

Begleitet wird die Ausstellung von zwei Veranstaltungen, die auf die aktuelle Sprengkraft und spezifische Aspekte der Erinnerung hinweisen und zur Diskussion anregen.

Bürgerkrieg – Soziale Revolution – Intervention

Im Juli 1936 putschen rechte Militärs um Franco, unterstützt von Teilen des Bürgertums, Großgrundbesitzern, des Adels und der katholischen Kirche gegen die junge Republik und das wenige Monate zuvor durch Wahlen bestätigte linke Regierungsbündnis. Der Putsch richtet sich auch gegen eine lange Folge von Aufständen, Landbesetzungen und Massenstreiks, die von antiautoritären, anarchistischen Kollektiven und Gewerkschaften unterstützt wurden. Es gelingt den libertären Organisationen in Bündnissen mit weiteren ArbeiterInnenorganisationen, den Militärputsch kurz nach seinem Beginn in verschiedenen Landesteilen zurückzuschlagen. Der Angriff der Reaktionäre wird mit der Selbstorganisation des öffentlichen Lebens, der Kollektivierung von Betrieben und Landwirtschaft, sowie der kämpfenden Verteidigung gegen die Putschisten beantwortet. Gleichzeitig solidarisieren sich weltweit fortschrittliche Menschen für die Republik und die Soziale Revolution, viele kämpfen in Spanien in den Internationalen Brigaden.

Der Bürgerkrieg erhält eine internationale Dimension in Folge der militärischen Intervention des faschistischen Italiens und Nazi-Deutschlands auf Seiten der Putschisten und der militärischen Unterstützung der Republik durch die Sowjetunion und Mexiko. Er wird zu einem militärischen Versuchsfeld für den Zweiten Weltkrieg, die deutsche 'Legion Condor' probt den systematischen Luftkrieg gegen die Zivilbevölkerung, bei dem Städte wie Gernika/Guernica, Madrid oder Barcelona planmäßig zerstört werden. Im März 1939 besetzen deutsche Truppen die noch nicht annektierten Teile der Tschechoslowakei, im September beginnt mit dem Überfall auf Polen die deutsche Okkupation Europas, der Vernichtungskrieg und die Shoah.

Franquistische Diktatur

In Spanien folgt dem Sieg der Franco-Truppen im Frühjahr 1939 eine lange Periode der faschistischen Repression, die besonders viele Opfer in denjenigen Gebieten fordert, in denen die ArbeiterInnenbewegung und die sich vom großspanischen Nationalismus distanzierenden Unabhängigkeitsbewegungen am stärksten vertreten sind. Nach 1945 gelingt es entgegen der Erwartungen der RepublikanerInnen nicht, die Herrschaft Francos zu beenden. Im 'Kalten Krieg' entwickelt sich die franquistische Diktatur zum Verbündeten der West-Alliierten, nun errichten die USA in Spanien Luftwaffenstützpunkte. Die BRD erkennt das Regime in den 1950er Jahren an und schließt mit ihm Verträge zur Ausbeutung von spanischen 'GastarbeiterInnen' ab.

Erst nach dem Tod Francos findet die Diktatur 1977 ihr Ende und geht in eine parlamentarische Monarchie unter Beteiligung der alten Eliten aus Militär, Verwaltung, Wirtschaft, Politik und Polizei über.

"Pakt des Schweigens"

Die politischen Ziele der Linken, die bereits in den 1950er und verstärkt in den 1960er Jahren in zahlreichen Streiks und Massendemonstrationen wieder an Stärke gewinnen, sind damit nicht erfüllt. Aber viele, die nach 1939 nicht aufgegeben, die in Frankreich in den Reihen der Résistance gegen die Nazis, als Maquis bewaffnet in Spanien und später in den illegalen Gewerkschaften und Parteien gekämpft haben, gehen notgedrungen auf einen "Pakt des Schweigens" ein: Der Übergang zu normalen westeuropäischen – d.h. demokratisch-kapitalistischen – Verhältnissen wird mit der Straffreiheit der franquistischen TäterInnen und einem staatlich organisierten Vergessen erkauft.

Dieses Schweigen hat von Beginn an Risse. Aber erst in jüngster Zeit nimmt der Widerspruch und die Kritik zu, mehr und mehr Menschen fragen nach dem Schicksal ihrer Verwandten und GefährtInnen; überall im Land entstehen erinnerungspolitische Gruppen. Beschleunigt wird dieser Prozess nicht zuletzt durch die bisweilen ungebrochen positive Bezugnahme der rechts-konservativen Regierung unter José María Aznar auf die Franco-Diktatur und die anhaltenden öffentlichen Auseinandersetzungen um die Deutungshoheit über den Spanischen Bürgerkrieg.

"Ley de la Memoria Histórica" (Erinnerungsgesetz)

2007 verabschiedet die sozialdemokratische Parlamentsmehrheit das "Ley de la Memoria Histórica" (Erinnerungsgesetz), das die gesellschaftliche Diskussion verbreitert. Dem Gesetz gehen heftige politische Auseinandersetzungen voraus, nicht nur mit der politischen Rechten. Auch große Teile der Linken kritisieren das Gesetz als nicht weitgehend genug. Seitdem werden nach Schätzungen etwa ein Siebtel der Toten aus den Massengräbern exhumiert. Ehemalige RepublikanerInnen finden posthum Anerkennung und viele Franco-Denkmäler werden – nach über 30 Jahren – demontiert. Die Spaltung der Gesellschaft, die der faschistische Putsch und der Bürgerkrieg hinterlassen haben, ist dennoch vor allem in den ländlichen Regionen bis heute nicht überwunden, auch wenn viele Bürgerkriegsbeteiligte mittlerweile gestorben sind.

Je nach Region und Ort differieren die Ansätze der Erinnerung teilweise beträchtlich oder stehen sich konträr gegenüber. So kämpft beispielsweise im Baskenland die Gruppe "Ahaztuak 1936-1977" um ein Sichtbarmachen historischer Orte wie ehemalige Konzentrationslager und Gefängnisse und setzt sich auch für eine strafrechtliche Verfolgung noch lebender TäterInnen ein. Gleichzeitig entsteht in der Ebro-Region, wo die letzte große Schlacht des Bürgerkrieges stattfand, eine auf unpolitischen bis militaristischen Tourismus ausgerichtete Erinnerungslandschaft mit zahlreichen Museen auf der Basis einer Botschaft der Versöhnung, die RepublikanerInnen und FranquistInnen als Schuldige und Unschuldige gleichermaßen darstellt – getreu dem Motto: "Über den Gräbern reichen wir uns die Hände." Eine besondere Situation stellt die Erinnerung an den Spanischen Bürgerkrieg in Südfrankreich dar, zumal sich hier gesellschaftliche Kontroversen über die Résistance, die Rolle des Vichy-Regimes und die Geschichte exilierter RepublikanerInnen überkreuzen. Der französische Staat hat seine Verantwortung für die zahlreichen (Konzentrations-)Lager, in welchen die republikanischen Flüchtlinge aus Spanien nach 1939 interniert wurden, lange Zeit verleugnet. Erst in den letzten Jahren sind Gedenkstätten und -orte entstanden, die vielfach auf die Initiative kleiner erinnerungspolitischer Gruppen zurückgehen.

Auch die Bundesrepublik Deutschland ignoriert Jahrzehnte lang die Kriegsverbrechen der 'Legion Condor'. Bundeswehrkasernen werden nach den 'Fliegerhelden' benannt. Erst 1997 wird eine "schuldhafte Verstrickung" eingeräumt. Die Frage nach der Verantwortlichkeit, nach den Verbrechen und den Mördern wird weiterhin nicht gestellt.

„dem Konformismus abzugewinnen“

Die Frage bleibt, was schwerer wiegt: Das Totschweigen der Vergangenheit oder ihre pluralistische Integration in den herrschenden gesellschaftlichen Konsens? Denn auch der

Neutralisierung des Geschehenen zum glücklich aufgearbeiteten und allseits kopfnickend anerkannten "Es war einmal" gilt es, sich zu widersetzen. Es muss darum gehen, die Erinnerung nicht zu bewahren, sondern sich ihrer zu *bemächtigen*. Die verlorenen Kämpfe und Hoffnungen reichen in ihrer Unabgegoltenheit in die Gegenwart hinein. Sie zu aktualisieren und so "die Überlieferung von neuem dem Konformismus abzugewinnen" - dazu soll die Ausstellung über die umkämpfte Vergangenheit in Spanien ein Beitrag sein.